

eine erhebliche Last auf: Sie sollen ihren Kindern das gesamte Gebäude der katholischen Ehe- und Sexualmoral, einschließlich der strikten Unterscheidung zwischen „natürlichen“ und „künstlichen“ Methoden der Empfängnisregelung vermitteln. Dahinter steckt die Vorstellung, man könne die katholische Familie als Bollwerk in einer ansonsten permissiven Gesellschaft stabilisieren. Damit sind Eltern aber massiv überfordert. Mit einer idealisierenden Überhöhung ihrer Rolle ist ihnen nicht geholfen.

Der Text macht im übrigen den Eindruck, als sei die *religiös-kirchliche Dimension des Familienlebens* etwas völlig Selbstverständliches. Immer wieder ist von der Gnade Gottes die Rede, die den Eltern bei ihrer schwierigen Aufgabe zu Hilfe komme, von der Bedeutung der Sakramente und des Gebets. An einer Stelle heißt es, „im Licht des Geheimnisses Christi und der Kirche“ könnten die Eltern die positiven Werte der menschlichen Sexualität verdeutlichen (Nr. 70). Von den konkreten Problemen religiöser Erziehung und kirchlicher Sozialisation unter heutigen Bedingungen sind solche und ähnliche Formulierungen des Dokuments weit entfernt.

Die Leitlinien des Familienrates bestehen zu einem beträchtlichen Teil aus *Zitaten*. Natürlich wird der „Katechismus der katholischen Kirche“ herangezogen, vor allem aber sind es immer wieder Äußerungen Johannes Pauls II. zu Ehe und Familie, Liebe und Sexualität. So entsteht ein in sich geschlossenes Sprachspiel, eine in sich stimmige theologische Denkwelt, die sich die Mühe einer genaueren Beschäftigung mit den realen Verhältnissen nicht mehr zu machen braucht: Das Lehramt zitiert sich selbst und bestätigt sich damit selbst – Überzeugungskraft wird auf diese Weise nicht gewonnen.

„Die Kirche steht in der heutigen Situation, in der sich veränderte Einstellungen zu Liebe, Sexualität und Ehe entwickeln, vor schwerwiegenden Fragen und Problemen“ – so der Moralkatechismus der Deutschen Bischofskonferenz (S. 343). Von den

Problemen, die sich durch gesellschaftlich-kulturelle Trends ergeben, ist in den vatikanischen Leitlinien zur Sexualerziehung viel die Rede; von den Schwierigkeiten, die sich die Kirche auf diesem Feld selber bereitet, dagegen nicht. Aber beides läßt sich im Interesse der Glaubwürdigkeit nicht voneinander trennen. *ru*

Alarmzeichen

Erzbischof Monsengwo legte hohes politisches Amt nieder

Eine Überraschung war es nicht, als Anfang Februar bekannt wurde, daß der Erzbischof von Kisangani, *Laurent Monsengwo*, sein Amt als Präsident des *Haut Conseil de la République*, des zairischen Übergangsparlamentes, niedergelegt hat. Die Arbeit des Hohen Rates der Republik war seit geraumer Zeit äußerst schwierig geworden. Bereits im vergangenen Sommer unternahmen rivalisierende Kräfte des Landes einen Versuch, Monsengwo aus seinem Amt zu entfernen und erklärten ihn für abgesetzt. Seit langem war er Zielscheibe von Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen aller Art.

Diesem unhaltbaren Zustand setzte Monsengwo mit seinem Rücktritt ein Ende. Er wollte nicht länger mitansehen, wie die Übergangsverfassung und die gesetzlichen Verfahren „unentwegt von denen verletzt werden, die zu ihrem Schutz bestellt sind... Die politische Verantwortung der Regierung bei der Lenkung des Staates wird nicht respektiert... Man verläßt zunehmend die Prinzipien eines Rechtsstaates“, so schrieb er in einer Erklärung aus Anlaß seines Rücktritts.

Im September 1991 übernahm die „Nationalkonferenz zur Demokratisierung des Landes“, deren Vorsitz Erzbischof Monsengwo innehatte, die Aufgabe, eine neue Verfassung auszuarbeiten und Parlamentswahlen vorzu-

bereiten. Aus ihr ging 1992 der Hohe Rat der Republik hervor, dem gleichfalls Monsengwo vorstand. Wenige Monate vor dem geplanten Ende des Übergangsregimes sieht Monsengwo Versuche, die geschlossenen Vereinbarungen zur Sicherung der Institutionen des Übergangs einseitig zu verändern. Am Übergangsparlament vorbei würden Ernennungen und Absetzungen vorgenommen. Die nationale Wahlkommission werde errichtet, ohne daß der Hohe Rat der Republik Gelegenheit hätte, hieran mitzuwirken. Die offiziellen Medien vernachlässigten mehr und mehr den freien Zugang für alle Meinungen u. v. a.

Im Januar 1994 legten Staatspräsident *Mobutu Sésé-Séko* und der Chef der Übergangsregierung, *Etienne Tshisekedi*, unter westlichem Druck den Hohen Rat und die gewählte Nationalversammlung zum *Hohen Rat der Republik der Republik – Übergangsparlament* (HCR-PT) zusammen, nachdem sich zuvor zwei Parlamente und zwei Regierungen gegenseitig die Legitimation streitig gemacht hatten.

Dieses inzwischen rund 740 Mitglieder zählende und damit schon deshalb kaum wirklich arbeitsfähige Gremium wählte am 14. Juni 1994 *Joseph Kengo wa Dondo* zum neuen Ministerpräsidenten. Die wichtigste Oppositionspartei UDPS unter Etienne Tshisekedi lehnte eine Beteiligung an der Regierung ab und betrachtete ihren Parteivorsitzenden weiterhin als rechtmäßig gewählten Regierungschef. „Doublement“ nennt man dieses Verwirrspiel – wird eine Partei, eine Organisation oder eine Instanz zu mächtig, legt man sie lahm, indem man sie verdoppelt. Zu den für Juli 1995 vorgesehenen Parlamentswahlen – im April 1994 hatte man vereinbart, innerhalb von 15 Monaten Wahlen abhalten zu wollen – kam es nicht. Dafür verlängerte man die Amtszeit des diktatorisch regierenden Staatspräsidenten Mobutu um weitere zwei Jahre.

In der Begründung seines Rücktritts erinnert Monsengwo daran, daß er in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres mehrfach auf die gefährliche Situation seines Landes hingewiesen habe:

Man habe das Ziel verfolgt, das Übergangsparlament zu „kontrollieren, ihm einen Maulkorb umzuhängen, es zu blockieren, um es auf diese Weise als ineffektiv und nutzlos zurückweisen zu können“. Sechs Monate habe er geschwiegen, um die Lage zu beobachten. Nun könne er nicht anders als sprechen.

Als „Alarmzeichen“ möchte Monsengwo seinen Rücktritt verstanden wissen. Eine „Bande von Politikern“ wünsche offenbar eine Rückkehr zum „Ancien Régime“: „Während das Volk die Veränderung will, arbeiten diese Bürger für die Stagnation. Während das Volk den wirtschaftlichen Aufschwung will, ziehen diese den Niedergang und die Plünderung des nationalen Erbes vor. Während das Volk Gerechtigkeit will, Frieden und Ordnung, geben diese der Korruption, der Unordnung und der Unsicherheit den Vorzug. Während das Volk solidarisch und geeint sein möchte, fördern diese die Trennung und ethnische Konflikte“.

Gemeinsam habe man das Projekt einer demokratischeren und um die Würde des Menschen besorgteren Gesellschaft. Dieses Gesellschaftsprojekt habe man in ein Grundgesetz gefaßt und in eine Reihe von Schritten umgesetzt, die das Land in Politik und Verwaltung, in wirtschaftlicher und finanzieller, sozialer und kultureller Hinsicht hätten nach vorne bringen sollen. In den Gewaltakten der jüngsten Zeit und der fortgesetzten Verletzung der einmal geschlossenen Vereinbarungen sieht Monsengwo „den Willen zur Wiedererrichtung der Diktatur“.

Die Rücktrittsankündigung von Monsengwo liest sich nicht wie das Schreiben eines Mannes, der ein einmal auf Zeit übertragenes politisches Amt an diejenigen zurückgibt, von denen er es erhalten hat. Der Rücktrittsbrief ist eher das Manifest dessen, der das Scheitern des Demokratisierungsprozesses in seinem Land konstatiert. Es ist mehr als ein Rücktritt, nämlich das vorläufige Ende der Hoffnung auf einen Demokratisierungsprozeß, der auf seine eigentliche Chance immer noch wartet. nt

#320

Kirchenvolksbegehren: Eine zweite Phase?

Wird es eine „zweite Phase“ des Kirchenvolksbegehrens geben? In einigen Teilen Europas hat die Aktion nach dem österreichischen und deutschen Vorbild erst begonnen. In Österreich und Deutschland haben sich Bewegungen mit dem Namen „Wir sind Kirche“ gebildet.

Gelingt es oder gelingt es nicht? Das deutsche Kirchenvolksbegehren steht an einer Wendemarke (vgl. HK, Februar 1996, S. 73 ff.). In den kommenden Monaten muß sich zeigen, ob sich mit dem Kapital der 1,8 Millionen Unterschriften (darunter 1,5 Millionen Katholiken) auch über den Herbst 1995 hinaus etwas anfangen läßt. Wird das Zweckbündnis derjenigen, die zwischen Mitte September und Mitte November ihre Unterschrift unter die fünf Forderungen des Kirchenvolksbegehrens gesetzt haben, auch künftig eine tragfähige Basis für Aktionen sein? Bedeutete die Unterschrift unter das Begehren über die Bekanntgabe des Ergebnisses hinaus überhaupt eine Legitimation für weitere Aktionen?

„Freundliche“, aber „penetrante“ Präsenz

Am 27. Januar trafen sich in den Räumen einer Düsseldorfer Pfarrgemeinde mehr als 100 Vertreter der Kirchenvolksbegehrens-Initiativen aus den meisten deutschen Diözesen sowie Beobachter von Initiativen in anderen europäischen Ländern zu einem ersten gesamtdeutschen „Ratschlag“. In den Wochen zuvor hatten zahlreiche Treffen auf Diözesanebene stattgefunden, auf denen u. a. Sprecher diözesaner Gruppen gewählt wurden.

In Düsseldorf wurden die Grundlagen für die weitere Arbeit der Initiative gelegt. Man entschied sich definitiv für den Namen „Wir sind Kirche“ (vgl. ds. Heft, 114 f.). Neben den drei Initianten

des Kirchenvolksbegehrens (Dieter Grohmann [Dortmund], Eva Maria Kiklas [Dresden], Christian Weisner [Hannover]) wählte man drei weitere Personen in die Sprecherguppe: Magdalene Bußmann (Essen), Annegret Laakmann (Halter) und Heinrich Brüning (Kiel). Zu den fünf Themen bzw. Forderungen des Kirchenvolksbegehrens wurden Fachgruppen gebildet, eine weitere Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der künftigen Strukturen der Bewegung „Wir sind Kirche“ eingerichtet.

Als nächste Aktionen wurde zweierlei beschlossen: Am Rande des Besuches von Johannes Paul II. in Deutschland im Juni, in Paderborn, will man „freundlich“, aber „penetrant“ Präsenz mit einer Aktionswoche zeigen. Außerdem soll ein Fest der von der Kirche „Ausgegrenzten“ stattfinden. Ein Jahr nach dem Beginn des deutschen Kirchenvolksbegehrens ist für den 12. September in Hildesheim – parallel zu dem vom *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* veranstalteten *Katholischen Kongreß* (sein Thema: „Solidarität ist unteilbar“) – ein Aktions- und Begegnungstag geplant.

Ein weiterer Beschluß, die Bitte an den Papst um ein Gespräch, wurde unterdessen zusammen mit den Kirchenvolksbegehrensinitiativen in Österreich und Südtirol realisiert. Wörtlich heißt es darin: „Sehen Sie, lieber Bruder Papst, in uns nicht Ihre Gegner, sondern Ihre Schwestern und Brüder im gemeinsamen Glauben.“ Darüber hinaus wird die neu entstandene Bewegung die Bischöfe, aber auch die katholischen Verbände und andere